



öffentlich

Betreff:

Entgeltgleichheit in der Landeshauptstadt Potsdam

Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 09.06.2020

Eingang 502:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

19.08.2020

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Entgeltgleichheit in der Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam und den städtischen Betrieben zu überprüfen und dafür im Rahmen des bundesweiten Projektes „Gleicher Lohn - eg-check.de“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes einen Entgeltgleichheits-Check durchzuführen.

gez. Dr. Sigrid Müller, Stefan Wollenberg; Janny Armbruster, Dr.Gert Zöllner

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Frauen verdienen in Deutschland im Durchschnitt immer noch rund 21 Prozent weniger als Männer. Die Landeshauptstadt ist verpflichtet, die Entgeltgleichheit und damit gerechte Löhne für alle sicherzustellen.

Um zu prüfen, ob es eine Lohnlücke gibt und wie groß diese tatsächlich ist, bietet die Antidiskriminierungsstelle des Bundes mit dem Projekt „Gleicher Lohn - eg-check.de“ ein bundesweit verwendetes und etabliertes Instrumentarium zur Prüfung und damit zur Förderung der Entgeltgleichheit an.

Mit dem Instrumentarium „eg-check“ soll in der LHP geprüft werden, ob bzw. welche Lohnlücke es beim Arbeitsentgelt der Landeshauptstadt Potsdam gibt. Der Entgeltgleichheits-Check zeigt die konkreten Ursachen auf und berechnet das finanzielle Ausmaß einer Benachteiligung.

Mit eg-check.de wird jeder Entgeltbestandteil separat geprüft. Denn es reicht nicht aus, das gesamte Bruttoarbeitsentgelt zu analysieren. Dann ließe sich die Ursache der Benachteiligung nicht entdecken – und nicht beseitigen. Dies ist auch gängige arbeitsrechtliche Praxis.

- Erhalten Frauen und Männer gleiches Entgelt für gleiche und gleichwertige Arbeit?
- Wird Arbeit geschlechtsneutral bewertet? Findet eine gerechte Bewertung der wesentlichen Anforderungen und Belastungen statt?
- Ist Elternzeit ohne finanzielle Nachteile, zum Beispiel ohne Rückstufung beim Grundentgelt möglich
- Werden Überstunden von teilzeitbeschäftigten Personen gerecht bezahlt?

Mit erfolgreicher Anwendung des Entgeltgleichheits-Checks kann die LHP ein Zertifikat von der Antidiskriminierungsstelle erhalten.

Der Stadtverordnetenversammlung ist dazu in ihrer Sitzung im November 2020 zu berichten.

